

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inseraten-Anion, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Glasvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Zentrale Bochum, Bismarckstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 808 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Der 30. Internationale Bergarbeiterkongress in London.

London! Das ist die Stadt, in der, nach Werner Sombart, Leute wohnen, die dort, wo andere Menschen ein Herz haben, ein Hauptbuch tragen.

London! Das ist die Stadt, in der im Verlaufe der Geschichte oft und oft Entscheidungen gefällt wurden von weltgeschichtlicher Bedeutung, von denen man nur nicht sagen kann, ob dabei die politischen oder die wirtschaftlichen überwiegen.

London! Das ist die Stadt, in der auch der Altmeister des Sozialismus, Karl Marx, die Waffe schmiedete, mit der das internationale Proletariat seinen Kampf mit der privatkapitalistischen Welt allein erfolgreich zu führen vermag, und unter deren Erde heute noch die sterblichen Reste dieses großen Toten ruhen und wo sich unzählige Male Arbeiterführer zusammenfanden, um im Geiste dieses Toten ihre Entscheidungen zu treffen.

London! Das ist die Stadt, in der auch jetzt wieder führende Männer aus der Bergarbeiterbewegung der gesamten Welt versammelt waren, um weltwichtige Beratung zu pflegen und Beschlüsse zu fassen.

Der 30. Internationale Bergarbeiterkongress tagte nämlich jetzt, am 13. September und folgende Tage, in London, in Kingsway Hall, um durch gemeinsame Beratung der Vertreter aller Landesorganisationen Wege zu finden, die aus der furchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Not, in die die Bergarbeiter der gesamten Welt durch diese Krise geraten sind, herausführen könnten. Gewaltige Veränderungen auf international wirtschaftlichem und sozialem Gebiet hat die Entwicklung seit dem letzten Internationalen Bergarbeiterkongress, der 1930 in Krakau tagte, gebracht, die zur neuen Stellungnahme und Entschlußfassung drängten. Aber auch auf personellem Gebiete brachte uns diese Zeit große Veränderungen. Sind doch seit Krakau allein sieben Mitglieder des ständigen Internationalen Exekutivkomitees gestorben, u. a. auch der Präsident des Komitees, der englische Kamerad Richards. Auch die beiden übrigen Kameraden, die die Engländer neben Richards ins Komitee entsandt hatten, der Kamerad Cook und der Schatzmeister des Komitees, Richardson, hat der Tod abgerufen. Außerdem verstarben Lanega (Spanien), Turini (Oesterreich), Pallauf (Tschchoslowakei) und unser deutscher Kamerad Limberg.

Zu Ehren der verstorbenen englischen Delegation ließ der Vizepräsident des Komitees, Dejardin (Belgien) den Vertreter der englischen Kameraden, Peter Lee, an die Delegierten die ersten Begrüßungsworte richten, der an der geschichtlichen Entwicklung die Notwendigkeit und Berechtigung der internationalen Zusammenarbeit beleuchtete und mit dem Wunsch schloß, daß auch dieser Kongress großen Nutzen und Vorteil für die Bergarbeiter der Welt zeitigen möge.

Zur Eröffnung des Kongresses richtete dann Dejardin einige Worte an die Delegierten, indem er zum Ausdruck brachte, daß es begrüßt werde, daß diese Tagung in London stattfindet, da hier die gewerkschaftliche Tradition ihre bedeutendste Heimstätte habe. Er widmete dann den Toten der Bewegung, die oben aufgezählt sind, einen ehrenden Nachruf und schloß dabei auch eine Erinnerung an Albert Thomas ein, der sich ebenfalls große Verdienste für die Bergarbeiter erworben habe durch stets bereitete Unterstützung unserer internationalen Politik beim Völkerbund, wie er auch unseren verstorbenen Kameraden Hansmann mit in die Erinnerung einbezog.

Zur Einleitung der Verhandlungen selbst erinnerte er daran, daß sein Hinweis in Krakau vor zwei Jahren darauf, daß mit einem gewaltigen Vorstoß der Bergwerksunternehmer gerechnet werden müsse, durch die Praxis als richtig bewiesen worden wäre. Es zeige sich immer mehr, daß nur die Sozialisierung und Verstaatlichung der Bergwerke für die Arbeiter wieder erträgliche Verhältnisse bringen könne. Boreff träubten sich die Kapitalisten noch dagegen, was aber nichts daran ändern könne, daß die Berechtigung unserer Forderung immer mehr anerkannt würde. 25 Millionen Arbeitslose redeten eben eine deutlichere Sprache als die um ihre Machtstellung besorgte Bourgeoisie. Dieser stehe der Profit an oberster Stelle, während alleiniges Wirtschaftsprinzip nur die Bedürfnisbefriedigung und damit Arbeitsbeschaffung für alle Menschen sein dürfe.

Die Regierungen selbst aber würden hier noch verjagen und die Pflicht der Arbeiter sei es, hier alles daran zu setzen, um genügend Einfluß auf die Regierungen zu bekommen, damit auch diese sich für die Verstaatlichung der Bergwerke einließen. Nachdem die Reparationen eine erträgliche Regelung erfahren hätten, müßte jetzt auch der wirtschaftliche Aufstieg möglich sein, wenn nicht mit, dann eben ohne oder auch gar gegen die Privatkapitalisten.

In fast allen Ländern fanden in letzter Zeit schwere Konflikte im Bergbau statt, die große Opfer von den organisierten Bergarbeitern forderten, ohne allzu große Erfolge zu zeitigen.

Schuld daran hatten zum großen Teil auch die Kommunisten, die solche Kämpfe nicht im Interesse der Arbeiter fördern helfen, sondern zugunsten der Unternehmer als Kampf gegen die Sozialdemokratie ausnützen. An dieser Taktik profitieren auch besonders die Faschisten, die infolge der Unmöglichkeit der Arbeiter, welche durch die Kommunisten bewußt gefördert wird, zu einer großen Gefahr geworden sind. Hier müssen die Gewerkschaften auf dem Posten sein, weil sie das stärkste Bollwerk im Abwehrkampf gegen den Faschismus darstellen.

Die Wirtschaftskrise selbst sei zurückzuführen auf das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion. Das investierte Kapital ist zu groß und wird durch einseitige Profitpolitik noch immer mehr vergrößert, so daß seine Rentabilität im privatwirtschaftlichen Sinne gefährdet sein müßte. Dem wäre abzuhelfen, wenn die Privatunternehmer nicht stur und einseitig ihr fixes Kapital vergrößerten, nur weil es das Gesetz des Profitwirtschastens verlangt, sondern statt dessen die Kaufkraft stärken und die Löhne der Arbeiterschaft erhöhen. Nur so gäbe es eine Wirtschaftsbelebung und Krisenüberwindung, wofür wir uns alle in Zukunft einzusetzen hätten.

Unser Kamerad Husemann dankte Dejardin mit herzlichen Worten, während der Kongress stehend langen und freudigen Beifall zollte.

Anschließend richtete der Vertreter des Internationalen Arbeitsamts, Stahl, der von Dejardin willkommen geheißen wurde, einige Worte an den Kongress. Er führte u. a. aus, daß in den letzten Monaten eine ganze Reihe sozialer Vorkämpfer im internationalen Leben verstorben seien. Vom Nachfolger des Leiters des Internationalen Arbeitsamts aber glaube er sagen zu können, daß er sicher wie sein den Bergarbeitern sehr bekannter großer Vorgänger ebenfalls für die Bergarbeiterinteressen ein offenes Ohr habe. Für die internationale Arbeitszeitgestaltung im Bergbau sei leider nur mitzuteilen, daß erst ein einziges Land, Spanien, das Abkommen in Genf ratifizierte. Es müsse erreicht werden, daß hier auch die anderen Staaten bald nachfolgten. Beim Internationalen Arbeitsamt besteht die Absicht, zum Herbst eine Konferenz zusammenzuberaufen zur Beratung über die Durchführung des italienischen Antrages auf Einführung der Vierzigstundenswoche. Fest stehe noch nicht,

ob dabei auch die Arbeiterorganisationen zur Entsendung von Vertretern aufgefordert werden. (Uns will solche Aufforderung unerlässlich scheinen. D. B.) Er hoffe, daß auch dieser Kongress ein Resultat zeitige, das sich für internationale Rußbarmachung für die Bergarbeiter eignen werde.

Dejardin glaubt zum Ausdruck bringen zu können, daß wir hoffen dürfen, daß das Internationale Arbeitsamt auch in Zukunft den Arbeitern helfen könne, wenn es wolle. Käme es anders, dann wäre das eine Katastrophe für den friedlichen Fortschritt der Gesellschaft. Notwendig sei aber, daß insbesondere die Regierungen mit dem Amt zusammenarbeiten und auch seine Abkommen ratifizieren.

Nach der Wahl einer Mandatsprüfungs- und Redaktionskommission wurde der Kongress auf den nächsten Tag vertagt, der mit den eigentlichen Verhandlungen über die Tagesordnung begann. Die Tagesordnung selbst führte folgende Punkte auf:

- Bericht des Internationalen Bergarbeiterkomitees über seine Tätigkeit seit dem Krakauer Kongress 1930 sowie über die Arbeitszeit im Bergbau und das internationale Kohlenproblem. — Berichterstatter: Delattre, Int. Sekretär.
- Kampf gegen den Krieg. — Berichterstatter: Wigné (Frankreich).
- Die Lage im Eisenerzbergbau. — Berichterstatter: Mattson (Schweden).
- Wahl des Internationalen Bergarbeiterkomitees.
- Festsetzung des Ortes und des Datums des nächsten Kongresses.
- Schlußansprache.

Tätigkeitsbericht des Intern. Bergarbeiterkomitees.

Den Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Bergarbeiterkomitees seit dem Kongress in Krakau erstattete der Sekretär der Bergarbeiterinternationalen, Kamerad

H. Delattre.

Seinen Darlegungen entnehmen wir:

Es waren zwei Hauptfragen, die in den letzten Jahren vor dem Krakauer Kongress die Tätigkeit unserer Internationalen beherrschten und die auch weiterhin seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch genommen haben, nämlich die Arbeitszeit im Bergbau und das internationale Kohlenproblem. Die erste Frage ist im Grundlag geregelt. Wir sind einen Schritt vorangekommen, ohne indessen schon ein endgültiges Ergebnis erzielt zu haben. Jedenfalls hat unsere Internationale alle nur möglichen Anstrengungen gemacht, wie aus folgendem hervorgeht:

Der Krakauer Kongress vom Mai 1930 nahm eine Entschlieung an, in der es u. a. heißt: „Der Kongress dankt dem Internationalen Arbeitsamt, die Frage der bergbauischen Arbeitszeit auf einer Arbeitskonferenz zur Behandlung gestellt zu haben, und stellt fest, daß die Entschlieung des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Nimes insoweit einen sichtbaren Erfolg gehabt hat. Indessen erklärt der Kongress den vom Arbeitsamt ausgearbeiteten Konventionentwurf im Hinblick auf die Arbeitszeiforderungen der Bergarbeiter für nicht annehmbar. Der Kongress beauftragt erneut und mit allem Nachdruck das Bergbauamt der ganzen Welt, die Arbeitszeit im Bergbau auf sieben Stunden täglich einschließlich Ein- und Ausfahrt international festgelegt zu sehen.“

Diese Entschlieung wurde dem Internationalen Arbeitsamt übermittelt, woraufhin sich dann auf der Arbeitskonferenz im Juni 1930 ein neuer Kampf entpann. Die Unternehmervertreter, unterstützt von einigen Regierungen, machten auf dieser Konferenz eine lebhafteste Opposition gegen das Zustandekommen einer Konvention.

Der vom Internationalen Arbeitsamt vorgelegte Konventionentwurf, der sich auf die Debatten in der Januar-Konferenz des gleichen Jahres stützte, befriedigte die Arbeiter nicht hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit; in bezug auf die Ueberstunden war er sogar völlig unannehmbar.

Innerhalb der Kohlenkommission vertraten unsere Kameraden einstimmig den Grundlag des Siebenstundentages, und zwar mit Argumenten, die nie widerlegt worden sind. Die Unternehmer widerlegten sich jedoch jeder Verminderung der Arbeitszeit und auch mehrere Regierungsvertreter, wiewohl sich alle prinzipiell für eine Konvention aussprachen, fanden Gründe, um sich gegen eine Arbeitszeitverkürzung zu wenden. Die Situation war so, daß der Siebenstundentag von den Unternehmern und den Regierungen abgelehnt wurde, wobei sich der englische Minister der Stimme enthielt. Ebenso wurden alle übrigen Vorschläge abgelehnt, so daß man sich zunächst vor einem Nichts befand. Eine neuerliche Abstimmung über den 7¼-Stunden-Antrag erbrachte dafür eine Mehrheit, woraufhin die Unternehmer ihre weitere Mitarbeit in der Kohlenkommission einstellten.

Die Kohlenkommission stellte dann zum Schluß ihrer Arbeiten einen Konventionstext fest, wobei der Braunkohlenbergbau von dem Geltungsbereich ausgenommen wurde. Die Vollversammlung der Arbeitskonferenz sprach sich über diesen Entwurf aus, der bei der Endabstimmung nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichte.

Der ganze Fragenkomplex der Arbeitszeit im Kohlenbergbau wurde dann erneut auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1931 gesetzt. Die Internationale mußte daher von neuem Stellung nehmen, um zum Ziele zu kommen. Von

der Sitzung des Exekutivkomitees in Bütlich im September 1930 an hat die Internationale immer wieder aufmerksam Mittel und Wege geprüft und ihre künftige Stellungnahme vorbereitet. In Bütlich wurde eine Entschlieung angenommen, die auch dem Internationalen Arbeitsamt zugeleitet wurde. Sie lautet:

„Das in Bütlich am 17. September versammelte Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationalen bedauert, daß die Genfer Arbeitskonferenz im vergangenen Juni den Abkommensentwurf über die Dauer der Arbeitszeit der Bergarbeiter verworfen hat. Sie hofft, daß die Konferenz 1931 endgültig über die Frage entscheiden wird. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, so würde das Vertrauen der Arbeiter in das Internationale Arbeitsamt ernstlich erschüttert, wenn nicht vollkommen vernichtet werden.“

Außerdem war es notwendig, eine engere Verbindung zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund gehörigen Arbeitervertretern zur Arbeitskonferenz und unseren Delegierten herzustellen. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß in den Bergbaufragen unsere Vertreter gehört werden und ihre Ansicht maßgeblich ist, so ist dennoch eine möglichst enge Verbindung unter den verschiedenen Arbeitervertretern angebracht. Zu diesem Zwecke hat unser Exekutivkomitee gemeinsam mit Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam am 3. und 4. März 1931 getagt. In dieser Sitzung besaßen wir bereits Mitteilungen über den neuen Konventionentwurf, den das Arbeitsamt der Juni-Konferenz vorzulegen beabsichtigte.

Eine weitere Prüfung der Vorlage fand am 9. und 10. April 1931 in Brüssel statt, woran auch der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilnahm. Auch dort konnten wir wiederum vollkommene Uebereinstimmung erzielen.

Inzwischen hatte das Internationale Arbeitsamt die Antworten der Regierungen auf seinen Fragebogen erhalten. Diese Antworten ergaben, daß die Ansichten unter den Regierungen sehr stark geteilt waren und es war keineswegs sicher, daß die Konferenz von 1931 mehr Erfolg haben würde als diejenige von 1930. Jedenfalls schien noch einmal ein sehr heißes Ringen bevorzulegen. Darauf mußten wir uns vorbereiten. Das geschah in der Genfer Komiteesitzung vom 26. Mai 1931, an der auch der englische Bergbauminister Shintwell, der auf der Konferenz Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt war, teilnahm.

Die 15. Internationale Arbeitskonferenz begann am 27. Mai 1931.

Die Kohlenkommission, die den Konventionstext festzustellen hatte, hielt 16 ausgedehnte Sitzungen ab, von denen wir an dieser Stelle weder ein Protokoll noch eine ausführliche Darstellung geben können. Wir beschränken uns darauf, die Abstimmergebnisse über die Dauer der Arbeitszeit wiederzugeben:

Der 7-Stunden-Antrag der Arbeitergruppe erhielt 16 Stimmen; 29 waren dagegen. Ein weiterer Antrag über 7½ Stunden erhielt 19 Stimmen gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Unternehmerantrag auf 8 Stunden wurde mit 29 Stimmen gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Schließlich erhielt der Vorschlag des Internationalen Arbeitsamts auf 7¼ Stunden 30 Stimmen dafür gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung.

Ueber die Ueberstundenfrage wurde wiederum sehr heftig gestritten. Nachdem eine Reihe von Anträgen der Arbeitergruppe und der Unternehmergruppe abgelehnt worden war, gelangte der Artikel zur Annahme, der 60 Ueberstunden pro Jahr zuläßt, jedoch mit der von der Arbeitergruppe verlangten Bedingung, daß die Zulassungsverordnungen erst nach Anhörung der beteiligten Berufsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erlassen werden dürfen.

Der von der Kohlenkommission aufgestellte Konventionstext wurde dann von der Arbeitskonferenz mit 67 gegen 16 Stimmen angenommen.

Das Abkommen genügt in dieser Form unseren Forderungen nicht, aber es bedeutet so wie es ist einen Schritt voran, der in seiner grundsätzlichen Bedeutung und seiner tatsächlichen Tragweite anzuerkennen ist.

Ein Fortschritt, den diese Konvention bringt, ist auch darin zu sehen, daß der bisher in den einzelnen Ländern geübte Mißbrauch der Arbeitszeitvorschriften künftig unterbunden wird.

Schließlich besitzt auch die Einbeziehung des Braunkohlenbergbaues in den Geltungsbereich der Konvention einen von uns mit einer gewissen Genugtuung verzeichneten Wert.

Indessen ist die angenommene Konvention noch nicht in Anwendung. Es ist zuvor notwendig, daß die Länder sie ratifizieren. Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß in Artikel 18 diejenigen Länder benannt sind, auf die sie sich hauptsächlich bezieht.

Am 4. und 5. April wurde diese Frage in Brüssel noch einmal behandelt. Inzwischen hatte sich die Krise verschärft, so daß ein weiteres Zögern der Regierungen allen unentschuldigbar erschien.

Die für April vorgesehene Konferenz der sieben Länder hat bis jetzt noch nicht stattgefunden und zur Zeit läßt sich noch nicht übersehen, wann sie stattfinden wird.

Die Arbeitszeitangelegenheit steht also jetzt so, daß die Verbände alles daran setzen müssen, um die Ratifizierung des Abkommens zu erhalten, an dessen Abschluß wir eine unermüdlische und hartnäckige Arbeit von vier Jahren gefehlt haben.

Das internationale Kohlenproblem

behandelte Delatte u. a. in folgenden Ausführungen:

Diese Frage ist fünf Jahre lang in unseren Zusammenkünften und unseren Kongressen diskutiert worden. Der N i m e r Bergarbeiterkongress hatte dazu eine Entschließung angenommen, die späterhin in Krakau bestätigt worden ist.

Zur Besprechung der einzuhaltenden Taktik und zur Klärung der Auffassungen trat das Internationale Komitee am 8. und 9. Januar 1932 in Genf zusammen.

Die Besprechung des ersten Tagesordnungspunktes über die wirtschaftliche Lage in der Kohlenproduktion und im Kohlenhandel und die darin seit 1929 eingetretenen Veränderungen ließ die Schwere der Situation in allen Ländern erkennen, wie sie sich in besonderen darstellte durch große Halbenbestände, Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit.

Die Diskussion über den zweiten Punkt: „Internationales Abkommen zwischen den Produzenten“ ließ folgende Gesichtspunkte hervortreten: Ueber die Notwendigkeit einer internationalen Verständigung waren sich Unternehmer, Arbeiter und Regierungen der Produktionsländer durchaus einig.

In bezug auf die Form des eventuellen Abkommens brachten die Teilnehmer wiederum ihre Ablehnung einer Beteiligung

der Arbeiter, der Regierungen und des Völkerbundes zum Ausdruck. Diese Herren wünschen die Mitwirkung des Staates offenbar nur dann, wenn sie seine Hilfe brauchen, und sie wünschen die Anwesenheit der Arbeiter am Verhandlungstische auch nur dann, wenn sie dazu gezwungen sind.

Wenn jedoch die Regierungen nicht tatsächlich eingreifen, so wird, wie es den Anschein hat, der notwendige Vertrag kaum zustande kommen. Wohl sind die Unternehmer der europäischen Kohlenländer im Oktober 1931 in London zusammengekommen.

Wir verlangen weiterhin die Errichtung einer Stelle beim Völkerbund, die die Aufgabe hätte, Statistiken zusammenzustellen, neue Abjaggelegenheiten zu erforschen und aufzuzeigen, ebenso wie neue chemische Verwendungsmöglichkeiten für Kohle.

Dagegen hatten wir mehr Erfolg hinsichtlich des Prinzips des internationalen Abkommens. Wir hatten hierbei die Genugtuung feststellen zu können, daß die Mitglieder des Wirtschaftskomitees auf unsere Argumente eingingen und auch die Unternehmervertreter zugestanden, daß die Grundlinien eines internationalen Vertrages unter den Kohlenproduzenten den Regierungen zu unterbreiten wären, damit diese mit den Bergarbeitern darüber verhandeln könnten.

Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat auf der Grundlage dieser Vorarbeiten auf seiner Tagung vom 14. bis 19. Jan. 1932 über die Kohlenfrage verhandelt und in einem Bericht über seine Arbeiten seine formelle Zustimmung zu einem internationalen Abkommen ausgedrückt.

Es ist zu bedauern, daß bis jetzt erst Spanien allein dieses Abkommen ratifiziert hat. Bei uns in Deutschland bestand unter der Regierung Brüning ebenfalls schon die Absicht zur Ratifizierung.

Ebenso halten sich die deutschen Delegierten für verpflichtet zu versichern, daß sich die deutschen Bergarbeiter trotz der Schwere der Zeit, voll und ganz hinter die großen Aufgaben der Bergarbeiterinternationalen stellen.

Deutschland hat in den letzten Jahren betonter und häufiger im Mittelpunkt des Weltinteresses gestanden, als es dem deutschen Volke, dessen schaffenden Schichten unsere Gewerkschaftsarbeit gilt, lieb sein konnte.

Deutschland ist unter den ungeheuren Lasten, die ihm aus dem verlorenen Kriege auferlegt worden waren, zu einem Brennpunkt der Weltwirtschaftskrise geworden, und es hat lange Zeit gedauert, ehe die Ministerien in den verschiedenen Ländern begriffen haben, daß es weder eine Krisenheilung auf Deutschlands Kosten noch eine allgemeine Krisenwendung ohne gleichzeitige Behebung der deutschen Nöte geben kann.

Deutschland hat in den letzten Jahren betonter und häufiger im Mittelpunkt des Weltinteresses gestanden, als es dem deutschen Volke, dessen schaffenden Schichten unsere Gewerkschaftsarbeit gilt, lieb sein konnte.

Deutschland ist unter den ungeheuren Lasten, die ihm aus dem verlorenen Kriege auferlegt worden waren, zu einem Brennpunkt der Weltwirtschaftskrise geworden, und es hat lange Zeit gedauert, ehe die Ministerien in den verschiedenen Ländern begriffen haben, daß es weder eine Krisenheilung auf Deutschlands Kosten noch eine allgemeine Krisenwendung ohne gleichzeitige Behebung der deutschen Nöte geben kann.

Deutschland hat in den letzten Jahren betonter und häufiger im Mittelpunkt des Weltinteresses gestanden, als es dem deutschen Volke, dessen schaffenden Schichten unsere Gewerkschaftsarbeit gilt, lieb sein konnte.

Ebenso erwarten wir deutschen Kameraden, daß dann, wenn im Januar 1933 in London die Weltwirtschaftskonferenz tagen wird, auch Vertreter der Bergarbeiter für die Behandlung des Kohlenproblems mit herangezogen werden.

zu beheben. Allerdings, so sagen sie, kann der Völkerbund bei Verantwortung für die erforderliche Initiative oder für die Führung der Verhandlungen übernehmen.

Wir anerkennen gern die Stellungnahme der hochqualifizierten Wirtschaftsexperten im Wirtschaftskomitee, wir glauben jedoch, daß der Völkerbund sich nicht darauf beschränken kann den guten Willen der Unternehmer abzuwarten und nur dann zu handeln, wenn man ihn um seine Mitwirkung ersucht.

Die Unternehmer scheinen inzwischen keine neuen Zusammenkünfte gehabt zu haben. Der Fall des englischen Bundes hat den englischen Zechenbesitzern Konkurrenzmöglichkeiten verschaffen, die sie vormem nicht bekamen, wodurch sie es weniger eilig haben zu einem internationalen Abkommen zu gelangen.

Indessen geht der Kampf weiter. Wir haben den Eindruck, daß die Unternehmerbesprechungen jetzt nicht zum Ziele führen werden, falls nicht die Regierungen oder der Völkerbund unmittelbar eingreifen, um sie zu veranlassen, die Frage und ihre Lösung von der praktischen Seite zu betrachten.

Wir halten es außerdem für eine moralische Pflicht des Völkerbundes, sich in praktischer Weise um die Kohlenfrage zu kümmern. Das Kohlenproblem ist eins der schwersten in der Volkswirtschaften der betroffenen Länder.

Diese These hat unsere Internationale seit sieben Jahren vertreten und die Ereignisse haben sie in ihrer Meinung bekräftigt. Wir glauben, daß nur unsere Lösungen imstande sind, eine wirkliche und dauerhafte Ueberwindung der Schwierigkeiten zu bringen und deshalb werden wir sie bis zum endgültigen Erfolg verteidigen.

Notlage und Kampfeswillen der deutschen Bergarbeiter

murden in der Debatte zum Geschäftsbericht von unserem Verhandlungsvorsitzenden,

Kameraden Hulemann,

in markanter Weise skizziert, indem er ausführte:

Eins der wichtigsten Probleme, an denen unsere Bergarbeiterinternationalen in der zurückliegenden Zeit mitgearbeitet hat, war die einheitliche Regelung der Arbeitszeit in allen bergbaureisenden Ländern.

Es ist zu bedauern, daß bis jetzt erst Spanien allein dieses Abkommen ratifiziert hat. Bei uns in Deutschland bestand unter der Regierung Brüning ebenfalls schon die Absicht zur Ratifizierung.

Ebenso halten sich die deutschen Delegierten für verpflichtet zu versichern, daß sich die deutschen Bergarbeiter trotz der Schwere der Zeit, voll und ganz hinter die großen Aufgaben der Bergarbeiterinternationalen stellen.

Deutschland hat in den letzten Jahren betonter und häufiger im Mittelpunkt des Weltinteresses gestanden, als es dem deutschen Volke, dessen schaffenden Schichten unsere Gewerkschaftsarbeit gilt, lieb sein konnte.

Ebenso erwarten wir deutschen Kameraden, daß dann, wenn im Januar 1933 in London die Weltwirtschaftskonferenz tagen wird, auch Vertreter der Bergarbeiter für die Behandlung des Kohlenproblems mit herangezogen werden.

Die Situation im deutschen Bergbau.

Wir wissen, daß die Kameraden in anderen Ländern vor lauter Sorgen und Nöte, die sie selbst haben, nicht immer einen ausreichenden Maßstab zur Beurteilung unserer Situation in Deutschland haben können.

Wir wissen, daß die Kameraden in anderen Ländern vor lauter Sorgen und Nöte, die sie selbst haben, nicht immer einen ausreichenden Maßstab zur Beurteilung unserer Situation in Deutschland haben können.

Wir wissen, daß die Kameraden in anderen Ländern vor lauter Sorgen und Nöte, die sie selbst haben, nicht immer einen ausreichenden Maßstab zur Beurteilung unserer Situation in Deutschland haben können.

Zu diesem großen wirtschaftlichen Druck gesellt sich nun noch der soziale, den die infolge der Wirtschaftskrise und des auf Deutschland lastenden außerpolitischen Drucks wiedererwartete Reaktion ausübt.

Unsere deutschen Forderungen.

Der Versuch, durch eine abermalige unerhörte Belastung und Entrechtung der arbeitenden Schichten des deutschen Volkes die kapitalistische Wirtschaft, wie sie früher bestanden hat, wieder flottzumachen, muß scheitern.

Nationalisierung des Bergbaues, internationale Wirtschaftsverständigung im Bergbau und Verkürzung der bergbaulichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden die Woche sind von unserem Standpunkt aus die wirksamsten Mittel, um die langweilige Arbeitslosigkeit im Bergbau allmählich zu überwinden.

Neuer Kampf um die politische Macht.

Reichstag aufgelöst. — Vor neuen Wahlen. — Nun erst recht!

Der am 31. Juli vom deutschen Volke gewählte Reichstag ist am 12. September aufgelöst worden. Mit diesem Ende war von vornherein zu rechnen, weil ein Parlament, in dem die extremen Diktaturparteien, Nazis und Kommunisten, die Mehrheit haben, nicht arbeitsfähig ist. Trotzdem stand die Auflösung in einem gewissen dramatischen und sensationellen Zeichen. Für die Reichstagsitzung am 12. September war nämlich eine Programmrede des Reichstanzlers von Papen mit anschließender Debatte vorgesehen. Erst im Anschluß an diese Erörterungen sollte die Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Regierung stattfinden. Dieser Tagesplan wurde jedoch dadurch durchkreuzt, indem ein kommunistischer Abgeordneter gleich zu Beginn der Sitzung die sofortige Abstimmung über das Mißtrauensvotum beantragte. Da sich gegen diesen kommunistischen Antrag kein Widerspruch erhob, sondern von den Nazis nur eine halbstündige Pause beantragt wurde, nahm das Schicksal seinen Lauf. Bei der Wiedereröffnung schritt der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring zur Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag, mit dem Ergebnis, daß 513 Abgeordnete dafür und nur 32 (Deutschnationale) dagegen stimmten. In dem gleichen Augenblick nun, in dem Göring zur Abstimmung schritt, meldete sich Reichstanzler von Papen zu Wort, um durch Bekanntgabe der Auflösungsorder der Abstimmung über den Mißtrauensantrag zuvor zu kommen. Unbekümmert um das Dazwischentreten des Reichstanzlers ließ Göring jedoch abstimmen, so daß sich aus diesem Vorgang ein Konflikt zwischen dem Reichstanzler und dem Reichstagspräsidenten entwickelte. Strittig blieb vor allem die Frage, ob die Abstimmung über das Mißtrauensvotum zu Recht erfolgt sei, nachdem der Reichstanzler durch die eigenartige Geschäftsführung von Göring an der rechtzeitigen Bekanntgabe der Auflösung gehindert worden war. Die Nazis und mit ihnen eine sensationellste Presse haben jedenfalls diese Ereignisse zum Anlaß genommen, die Vorgänge im Reichstag gewaltig aufzubauschen. In Wirklichkeit handelt es sich dabei nur um ein schlechtes Manöver, um eine demagogische Verhöhnung der entscheidenden Ursachen, die zur Reichstagsauflösung führten. Die Nazis mögen noch sozial Briefe und Protestschreiben an die Regierung senden, alle ihre Polemik ändert nichts an der Tatsache, daß wir die Papen-Regierung nur haben, weil die Hitlerpartei dieses Kabinett wollte und auch tolerierte.

Warum politische Krise?

Eingeleitet wurden die Vorgänge, die sich in den letzten Wochen in Deutschland abspielten, durch den Sturz der Brüning-Regierung. Die Brüning-Regierung war keine Arbeiterregierung, ihr gehörte kein Sozialist an. Ihre Notverordnungen haben in der Arbeiterschaft manchen Entrüstungsturm ausgelöst. Trotzdem mußte diese Regierung gehen. Sie mußte verschwinden, obwohl sie über eine Mehrheit im Parlament verfügte, und dem Papen-Kabinett weichen. Der Papen-Regierung aber blieb es vorbehalten, durch ihre Notverordnungen die Arbeitslosenversicherung zu zerbrechen, das Tarifrecht zu durchlöchern, die Bezüge der Arbeitslosen und Sozialrentner um Hunderte von Millionen zu droffeln. Der Papen-Regierung blieb es vorbehalten, den Besitzenden in Form von Steuergutscheinen und Steuererlassungen über zwei Milliarden zuzuschlagen. Der Papen-Regierung blieb es auch überlassen, durch neue Agrarzölle der Landwirtschaft auf Kosten der breiten Masse Vorteile zu verschaffen. Für die Großindustriellen und Großagrarien hat sich deshalb der neue Kurs gelohnt. Die Regierung Papen muß bleiben — so schrieb noch neulich die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ —, denn sie ist die erste Regierung, die das System ändert.

Ohne Hitler kein Papen.

Als man die Regierung Brüning stürzte und das Papen-Kabinett bildete, waren sich die Drahtzieher natürlich darüber klar, daß man Helfershelfer brauchte. Diese fanden sich in der Hitlerpartei. Als Preis für diese Loserierungspolitik gewährte man den Nazis die Aufhebung des S.W.-Verbotens und stellte ihnen vor allem die Neuwahl des Reichstages in Aussicht. Mit diesem Preis waren die Nazis vollaus zufrieden, hofften sie doch entsprechend den Wahlergebnissen in Hessen, Oldenburg, Mecklenburg usw. einen überwältigenden Sieg davontragen zu können. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht, da die Nazis trotz aller Anstrengungen am 31. Juli nur 37 Proz. der Stimmen erringen konnten. Bei dem nun einsetzenden Kampf um die politische Machtquote plagte der Kuhhandel.

Betrogene Betrüger.

Der erste Bruch zwischen der Hitlerpartei und dem Papen-Kabinett wurde bekanntlich dadurch herbeigeführt, indem bei den entscheidenden Besprechungen Hitler die ganze politische Macht verlangte. Damit wurde er seinem Versprechen, die Papen-Regierung auch nach den Wahlen zu tolerieren, untreu. Umgekehrt dachte und denkt die Papen-Regierung gar nicht daran, zugunsten der Hitlerpartei das Feld zu räumen. Auch die Großindustriellen und Großagrarien denken nicht daran, die politische Macht den Nationalsozialisten auszuliefern. So wurde beispielsweise wiederholt in schwerindustriellen Zeitungen anerkannt, daß Hitler ein hervorragender Trommler und Agitator sei, er aber gerade deshalb seine Grenzen sehen müsse. Das heißt auf gut Deutsch, als Propagandist hat Hitler für die heutigen Macht-haber ungeheure Dienste geleistet. „Auf unserm breiten Rücken“ — so schrieb noch kürzlich der Nationalsozialist Göbbels sehr richtig — „sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert.“ Die Nationalsozialisten befinden sich deshalb in der Rolle des betrogenen Betrügers. Sie glaubten durch ihren Kuhhandel mit dem Herrenklub ein politisches Geschäft machen zu können und sind dabei übertrumpft worden. Darum jetzt ihr Kampf gegen die Papen-Regierung, die ihr Dasein der Hitlerpartei verdankt.

Was nun?

Auf Grund der Reichsverfassung muß der Reichstag spätestens zwei Monate nach der Auflösung neu gewählt werden. Wir werden daher in der ersten Novemberhälfte erneut zur Wahlurne schreiten. Nachdem die Wahlen am 31. Juli einen arbeitsfähigen Reichstag nicht zustande brachten, wird es nunmehr Aufgabe dieses Wahlkampfes sein, das Versäumte nachzuholen. Dieses Ziel kann erreicht werden. Nachdem die Nazis vom Herrenklub ausgeschiff worden sind, haben sie wochenlang mit dem Zentrum verhandelt und die Bereitschaft bekundet, in eine schwarz-braune Koalition einzutreten. Damit haben sie bewiesen, daß ihr jahrelanger Kampf gegen das Zentrum nur Spiegelfechterei war. Jahrelang haben sie die Demokratie und die Weimarer Verfassung in Grund und Boden verdammt, jetzt haben sie, um zu einer schwarz-braunen Koalition zu kommen, sich als die eifrigsten Verehrer der verurteilten Verfassung entpuppt. Vor einigen Monaten begrüßten sie die Papen-Regierung als eine nationale Regierung, jetzt beschimpfen sie das Kabinett der Barone und Freiherren in der gehässigsten Weise. Alle diese Widersprüche und diese

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan . . .

Hitler wird von der Unternehmerpresse belehrt.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 11. September befahte sich auch mit der innenpolitischen Lage und meinte dabei u. a.:

„Die Nationalsozialisten haben in der Vergangenheit den Kampf gegen „das System“ mit der größten Erbitterung geführt. Ein wesentliches Merkmal dieses „Systems“ war das Regieren auf der Basis von parlamentarischen Koalitionen. . . Hitlerin dieses Systems war vor allem das Zentrum. . . Nun erleben wir es, daß Nationalsozialisten und Zentrum sich wiederholt zu Verhandlungen zusammensetzen — die auf nichts anderes hinauslaufen, als das berüchtigte „System“ zu halten und zu festigen gegen eine Regierung, die im Begriff ist, es zu ändern.“

An anderer Stelle erinnert man daran, daß Hitler in keinem Buch geschrieben habe, die parlamentarischen Volkstretter brauchten sich nichts einzubilden, da „das politische Verständnis der breiten Masse gar nicht so entwickelt ist, um von sich aus zu bestimmten, allgemeinpolitischen Anschauungen zu gelangen und die dafür in Frage kommenden Personen auszuwählen.“

„Es kann deshalb — so meint die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ — nicht recht überzeugen, wenn derselbe Hitler vor der Reichsregierung darauf trumps, daß die größte Partei hinter ihm stehe und daß Volkes Stimme Gottes Stimme sei.“

An anderer Stelle wird Hitler daran erinnert, daß er in seinem Buch einen Unterschied zwischen Staatsmännern und einer „Hammerherde von Hohlköpfen“ gemacht und gefragt habe:

„Was aber soll der Staatsmann tun, dem es nicht gelingt, die Gunst dieses Hauses für seine Pläne zu erschmeicheln? Soll er sie erkaufen? Oder soll er angesichts der Dummheit seiner Mitbürger auf die Durchführung der als Lebensnotwendigkeiten erkannten Aufgaben verzichten? Sich zurückziehen, oder soll er dennoch bleiben?“

Die Antwort auf diese Frage Hitlers gibt das schwerindustrielle Sprachorgan, indem es schreibt:

„Er soll bleiben, so sagen wir, indem wir den Gedanken Hitlers zustimmen, nur ziehen wir die Konsequenzen daraus auch für die gegenwärtige politische Lage. Die Regierung Papen soll bleiben, auch gegen Hitler, auf daß sie der Trägheit der Masse und der Unfähigkeit der Parteien zum Trost ihr Rettungswerk vollende!“

Und schließlich meint die „D. Bergw.-Ztg.“, daß sie immer mit Wärme die historische Mission Hitlers anerkannt habe und „der Wirksamkeit Adolfs Hitlers als Trommler, als Propagandist von einem Formal, eine erhebliche erzieherische Bedeutung zukomme.“ Gleichzeitig spricht sie jedoch von einer Begrenzung auf diese Tätigkeit.

Mit diesen Worten bestätigt das schwerindustrielle Sprachorgan nur das, was jeder Klassenbewußte von der Nazibewegung

Es gibt nur eins: Arbeitszeitverkürzung und Lohnaufbesserung!

Unüberschaubar ist die Zahl der Projekte, die der Ueberwindung der Wirtschaftskrise gewidmet sind. Die meisten derselben sind vollständig wertlos und verraten die Neigung, diese Krise als nie wiederkommende Gelegenheit zur Stabilisierung der Reaktion zu benutzen. Die Vorschläge der Gewerkschaften, die u. E. die einzig richtigen sind, werden von sich geschickte dünnenden Leuten als undiskutabel beiseite geschoben. Dennoch erhalten sie immer mehr Befürwortung. Der Stuttgarter Industrielle Bosch hat kürzlich ein wichtiges Bekenntnis zu den gewerkschaftlichen Forderungen (Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung) abgelegt. Jetzt läßt sich der Generaldirektor der Fiat-Werke in Italien, Giovanni Agnelli, gleichermaßen aus.

Der italienische Industrielle nennt die Arbeitslosigkeit eine eiternde Wunde der Gegenwart. Die Bekämpfung und Ueberwindung der Arbeitslosigkeit sei das dringendste Gebot. Nach Agnelli gibt es nur einen Weg zu diesem Ziel: Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Heraushebung der Löhne. „Will man der Arbeitslosigkeit“, so heißt es in der von ihm herausgegebenen kleinen Schrift „Gebanken zur Krise“, „energisch entgegenzutreten, so muß diese Maßnahme organisch angelegt sein und bis an die Wurzel des Uebels vordringen. Geht man von einem durchschnittlichen Tageslohn von nur 1 Dollar aus, so stellen die 25 Millionen Arbeitslosen der Welt einen Rückgang der in den Wirtschaftsumlauf einfließenden Löhne um etwa 7,5 Milliarden Dollar jährlich dar, und um diese Summe müßte man die verringerten Löhne erhöhen, welche die noch beschäftigten Arbeiter heute empfangen.“ Nach diesen unerschrockenen, aber durchaus richtigen Vorschlägen behandelt Agnelli die Zunahme der Produktionsfähigkeit durch den technischen Fortschritt. Die Verkürzung der Arbeitszeit müßte ihr unmittelbar folgen.

Schaufelien haben einen großen Teil der Hitleranhänger ernüchert und zu einem Stimmungsumschwung geführt.

Unsere Aufgabe

In diesem politischen Entscheidungskampf ist völlig klar. Die furchtbaren Notverordnungen der Papen-Regierung, die ungeheure Belastung der wertlähmenden Volksschichten und die offenkundige Begünstigung des Großkapitals und der besitzenden Kreise haben auch dem letzten Arbeitnehmer zu Bewußtsein gebracht, was ein Rechtskurs in Deutschland bedeutet. Ob dieser Kurs vom Herrenklub, von Hugenberg oder gar von einer schwarz-braunen Koalition befolgt wird, ist im Endeffekt für die Arbeiterschaft gleichgültig. Entscheidend für jede Rechtsregierung ist, daß man den Krisenausweg nicht auf sozialistischer, sondern privatkapitalistischer Grundlage sucht. Jedes wirtschaftspolitische Rettungsprogramm auf privatkapitalistischer Grundlage aber bedeutet unerhörte Opfer für die Arbeiterschaft, bedeutet Verarmung, Not und Elend. Keine Anpassung der Lebenshaltung an die Armut der Nation, sondern nur eine grundlegende Wandlung unserer wirtschaftlichen Ordnung, nur sozialistischer Aufbau ist geeignet, mit der Verleumdungspolitik Schluß zu machen. Darum muß es bei der kommenden Neuwahl durch eine Aenderung der politischen Machtverhältnisse gelingen, das Steuer herumzureißen und den rechtsradikalen Diktatur- und Machtgelüsten den siegreichen Widerstand der Eisernen Front entgegenzusetzen.

schon immer wußte, nämlich, daß diese gelbe Schutztruppe für das Großkapital nur ein Mittel zum Zweck ist. Der Zweck aber, die politische Machteroberung, ist für die Großindustrie durch die Herrschaft der Papen-Regierung erreicht. Deshalb weist man Hitler in seine Schranken zurück. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. . .

Die Mut der Nazis über diesen Reinsfall ist ungeheuer groß. So äußerte sich beispielsweise der Naziführer Dr. Göbbels kürzlich im Berliner „Angriff“ bezüglich der Papen-Regierung wie folgt:

„Staatsautorität, Konservativierung, Ruhe und Ordnung, Ueberwindung der Demokratie, das sind für die Herrenhäuser nur leere Begriffe. Es geht ihnen ewig um die Befestigung der Ämter, der Posten, der Pfünde und um die Wiederherstellung eines durch keinerlei Leistungen gerechtfertigten politischen Einflusses, den sie aus Feigheit im November 1918 verloren haben und nun durch die Indienststellung nationalsozialistischer Kraft und Energien zurückgewinnen möchten.“

Sie haben nichts gelernt und alles vergessen! Die vergangenen 14 Jahre sind an ihnen spurlos vorbeigegangen. Sie haben seitdem nichts für die Wiedergeburt der Nation getan, es sei denn, daß sie Pläne und Projekte entwarfen, Personalisten aufstellten und ihre Fräule bürsteten, um, wurden sie zu hohen Dingen berufen, als vollendete Kavaliere in neuer Schale vor die Öffentlichkeit hintreten zu können. . .

„Sie verwechseln die Herrenreiterei mit der hohen Politik und sie fühlen sich nur wohl, wenn sie unter ihresgleichen sind. Und wo sie das Volk riechen, da nehmen sie bald Reißaus. Ein dummpfiffiges, bauernschlaues Pländchen haben sie sich ausgeheckt: sie wollen eine Politik betreiben, die der Sache nach ihrem ganzen feudalen, bürgerlich-kapitalistischen Hochmut entspricht. In der Form aber und im Wert wollen sie auf das geschickteste nationalsozialistische Parolen auffangen, damit die Masse irregeführt, um sie dann allmählich aus der festen Bindung der Hitler-Bewegung herauszulösen. Das nennt man gut deutsch: Erbschleicherei. Das ist der nackte, gemeinste und unanständigste politische Eigennutz, den es in Deutschland jemals gegeben hat. Niemand wird uns in den Verdacht nehmen, daß wir Schlepenträger des Marxismus sind, aber das gestehen wir offen, daß es uns faulerer erscheint, mit der SPD zu kämpfen, die wenigstens so ehrlich gewesen war, offen zu sagen, daß sie uns haßte und verabscheute und auch dementsprechend handelte. Das Gefinnungsrad, das heute verflucht, uns durch eine Breimwand von der Macht fernzuhalten, ist nicht nur dumm und brutal, sondern auch heimtückisch und gemein.“

Wir nehmen von diesem Wutausbruch des Herrn Göbbels gerne Kenntnis, zumal er die Ausführungen der „D. Bergw.-Ztg.“ vollaus bestätigt. Nur eins hat Herr Göbbels anscheinend vergessen, und zwar die Tatsache, daß es die Hitlerpartei war, die die „Herrenhäuser“ als „Uebergangskabinett“ überhaupt ermöglichte und auch tolerierte!

Ganz besonders aufschlußreich ist die Beantwortung der Frage: „Wie können wir zu einer tatsächlichen Stärkung der Kaufkraft gelangen?“ Die Gestehungskosten der Produkte und ihr Verkaufspreis brauchten keineswegs in demselben Maß hinaufzugehen wie die Löhne. Einleuchtend sei folgendes Beispiel:

„Stellen wir uns eine Arbeitermasse von rund 100 Millionen Personen vor (dies ist die Zahl, welche die Statistik für die Industrieländer der Welt schätzungsweise annimmt), von denen 25 Millionen arbeitslos wären. Um diesen 25 Millionen Personen Arbeit zu beschaffen, müßten wir die geltende Arbeitszeit um 33 Prozent verkürzen, so daß mit 100 Millionen Arbeitnehmern derselbe Endeffekt erzielt würde, wie zur Zeit mit nur 75 Millionen. Wir müßten also von 48 auf 36 Stunden heruntergehen und für 36 Stunden den gleichen Wochenlohn bezahlen wie bisher für 48 Stunden, mit anderen Worten: den Stundenlohn um 33 Prozent hinaufsetzen. Halten wir an einem durchschnittlichen Tageslohn von 1 Dollar fest, so ergibt sich eine zusätzliche Aufwendung von täglich 25 Millionen Dollar. Um diese Summe würde nun die Kaufkraft von Tag zu Tag tatsächlich zunehmen und nach Ablauf eines Jahres wäre sie soweit gestärkt, daß die Wirtschaft wieder einigermaßen in Gang kommen könnte.“

Agnelli erörtert weiter überzeugend, wie günstig eine solche Stärkung der Kaufkraft auf die Belegung aller Teile einwirken würde. Selbstverständlich müßte die Verkürzung der Arbeitszeit und die entsprechende Hinaufhebung der Löhne auf internationaler Grundlage erfolgen, wobei nicht ausgeschlossen zu werden brauche, daß ein wirtschaftlich starker Staat mit ausnahmefähigem Binnenmarkt den gleichen Weg ohne Rücksicht auf das Ausland einschlagen kann.

Die Gewerkschaften können mit einer gewissen Befriedigung davon Notiz nehmen, daß sogar erfolgreiche Industrielle heute Gedanken vertreten, die die Gewerkschaften seit jeher als richtig erkannt haben.

Gewaltiger Rückgang des Bergarbeitereinkommens Die Bergarbeiternot

Trotzdem neuer Lohnabbau? Verhängnisvoller Regierungskurs.

Vor einigen Tagen veröffentlichte das Statistische Reichsamte eine Erhebung über die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse im Kohlenbergbau. Daraus geht erneut hervor, welche Opfer die Bergarbeiter bisher unter dem Druck der Krise und der veränderten Machtverhältnisse bringen mußten. Die wenigen Zahlen reden eine furchtbare Sprache. Sie sind ein drastischer Beweis für die wirtschaftliche und soziale Notlage, in der sich die Bergarbeiter befinden. Sie sind zugleich eine Anklage gegen die verhängnisvolle Lohnpolitik, wie sie in den letzten Jahren unter dem Druck reaktionärer Unternehmerwünsche und eines antisozialen Regierungskurses betrieben wurde und wie sie auf Grund der Notverordnung vom 5. September 1932 fortgesetzt werden soll.

In dem Bericht des Statistischen Reichsamts wird festgestellt, daß die monatsdurchschnittliche Lohnsumme im Steinkohlenbergbau im Jahre 1929 rund 99,3 Mill. M. betragen habe. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres betrug das durchschnittliche Gesamteinkommen nur rund 40 Mill. M. Infolgedessen ist

die Lohnsumme im Steinkohlenbergbau gegenüber dem Jahre 1929 um etwa 60 Prozent gesunken!

Die Ursachen für diesen gewaltigen Rückgang sind natürlich verschiedener Art. Sowohl der Belegschaftsabbau wie auch die Feierschichten haben neben dem wiederholten Lohnabbau zu dieser Schrumpfung des Bergarbeitereinkommens beigetragen. Soweit der Belegschaftsabbau in Frage kommt, stellt das Reichsamte fest, daß die Zahl der im Monatsdurchschnitt angelegten Arbeiter im Jahre 1929 noch 509 000, im Mai 1932 aber nur 296 000 betragen habe. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurden demnach über 200 000 Bergarbeiter im Steinkohlenbergbau entlassen. Neben diesen Entlassungen haben vor allem die zahlreichen Feierschichten das Einkommen der Bergarbeiter vermindert. Der Umfang der Kurzarbeit zeigt sich darin, daß im Jahre 1929 auf einen angelegten Arbeiter im Steinkohlenbergbau 23,2, im Mai 1932 aber nur noch 19,3 Schichten entfielen. Als dritte Ursache der bergmännischen Einkommensminderung kommt, wie erwähnt, der Lohnabbau hinzu. Hier ist bemerkenswert, daß der durchschnittliche Barverdienst des deutschen Steinkohlenbergarbeiters im Jahre 1929 je Schicht 8,43 M., im Mai 1932 aber nur noch 6,65 M. betrug. Das monatliche Einkommen eines angelegten Arbeiters ging in der gleichen Zeit von 195 auf 128 M. zurück. Bei diesen Summen handelt es sich, wohlgerneht, um Barverdienste. Um das wirkliche Nettoeinkommen festzustellen, muß man daher von diesen Summen durchschnittlich 15 Prozent Sozialbeiträge in Abzug bringen, weil diese in dem Barverdienst miteingerechnet sind. Zieht man die sonstigen Abzüge, wie Steuern, Unkosten usw. ab, dann ergibt sich sehr eindeutig, wie miserabel die Lohnverhältnisse für den schwerarbeitenden Bergmann geworden sind. Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, sei nochmals erwähnt, daß es sich dabei um Durchschnittsberechnungen der Steinkohlenreviere West-Ober-Schlesien, Niederschlesien, Ruhrgebiet, Sachsen und Sachsen handelt. In verschiedenen Revieren und einzelnen Fällen ist je nach der Zahl der Feierschichten der Lohn bei weitem nicht so hoch wie er in diesen Durchschnittsberechnungen zum Ausdruck kommt. — Im

Braunkohlenbergbau

sind ähnliche Niedergangsercheinungen zu verzeichnen. Hier ist die Zahl der angelegten Arbeiter seit 1929 bis Juni 1932 von 79 000 auf 55 000 zurückgegangen. Im Jahre 1929 entfielen auf einen angelegten Arbeiter 24,4 Schichten, im Mai 1932 noch 21,2. Im gleichen Zeitraum ging der tägliche Barverdienst von 7,49 M. auf 5,82 M., das durchschnittliche Monateinkommen von 182 M. auf 123 M. zurück. Die Gesamtlohnsumme, die 1929 monatsdurchschnittlich im Braunkohlenbergbau 14,4 Mill. M. betrug, belief sich in den ersten sechs Monaten 1932 auf etwas mehr als 6 Mill. M., war also gleichfalls um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Rechnet man die Gesamtlohnsummen des Stein- und Braunkohlenbergbaues zusammen, dann ist seit 1929 die monatliche Lohnsumme im Kohlenbergbau von 113,7 auf 46 Mill. M. zurückgegangen.

Diese Schrumpfung der bergbaulichen Lohnsumme bedeutet nicht nur für die Bergarbeiter eine furchtbare Verarmung und

eine Steigerung der wirtschaftlichen und sozialen Not der Bergarbeiterfamilien. Von diesem Rückgang des Bergarbeitereinkommens mußten auch alle diejenigen in Mitleidenschaft gezogen werden, die von der Konsumkraft der Bergarbeiter existieren. So mancher verkrachte Geschäftsmann, Mittelständler und Gewerbetreibende hat seinen Ruin nicht dem „marxistischen System“, sondern nur der Schwächung der bergmännischen Kaufkraft zu verdanken. 70 Mill. M. an Lohnsummen weniger bedeuten, selbst wenn man die Preisrückgänge mit einkalkuliert, einen ungeheuren Rückschlag für das gesamte volkswirtschaftliche Leben!

Rückgang der monatlichen Lohnsumme von 113,7 auf 46 Millionen Mark! Trotz dieser erschütternden Tatsache sind die Unternehmer nicht zufrieden. Die Tarife und damit auch die restlichen 46 Millionen sollen weiter „aufgelockert“ werden! Deshalb fordern die Zehnherrn des Ruhrgebietes einen

neuen Lohnabbau von 12 Prozent!

Um diese Forderung als eine unerhört brutale Maßnahme nicht allzu scharf nach außen in Erscheinung treten zu lassen, erklären die Unternehmer gleichzeitig, daß nur ein Drittel der Belegschaft von dem Lohnabbau betroffen werde und die durchschnittliche Senkung für die Gesamtbelegschaft nicht mehr als 3 Prozent betragen solle. Wie lange es dauern wird, bis auch die übrigen Zehnen von den Möglichkeiten der Auflockerung, d. h. von einem neuen Lohnabbau Gebrauch machen wollen, darüber schweigen sich die Unternehmer aus. In Wirklichkeit laufen ihre Forderungen auf eine völlige Zerschlagung des Tarifsystems hinaus.

Einen willkommenen Helfer für diese reaktionäre und verhängnisvolle Lohnpolitik scheinen die Unternehmer dabei in der

Papen-Regierung

gefunden zu haben. Die Papen-Regierung hat sich, wie eine führende kapitalistische Zeitung kürzlich feststellte, bis jetzt ein „historisches Verdienst“ dadurch erworben, indem sie jegliche Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen ablehnte. An dieser Linie soll auch künftighin festgehalten werden, so daß die Arbeiterchaft in einer Zeit der schwersten Krise, in der in vielen Fällen der Unternehmer der wirtschaftlich Stärkere ist, auf eine staatliche Hilfsleistung nicht mehr rechnen kann. Das einzig Positive, was bisher die Papen-Regierung auf dem Gebiete der Lohnpolitik, ebenfalls zugunsten der Unternehmer, geleistet hat, ist die Lockerung, um nicht zu sagen die Zerschlagung des tariflichen Lohnrechts. Durch ihre Notverordnung vom 5. September hat sie den Schlichtern bekanntlich die Ermächtigung eingeräumt, in allen Fällen, bei denen die Weiterführung eines Betriebes durch die Erfüllung der tarifvertraglichen Verpflichtungen gefährdet ist, die tariflichen Lohnsätze bis zu 20 Prozent zu unterbrechen. Darüber hinaus können im Falle von Neueinstellungen die Tariflöhne bis zu 12,5 Prozent unterschritten werden. Diese von dem Willen der Tarifvertragsparteien unabhängige Verringerungsmöglichkeit des Tarifvertrages bedeutet einen schweren Einbruch in das Tarifrecht und kann praktisch zu einer völligen Zerschlagung des Tarifgedankens und damit zur Beseitigung der Bindungen führen, die bisher die Arbeitnehmer vor willkürlichen und maßlosen Verschlechterungsplänen bewahrten.

Angehts der geschilderten Notlage der Bergarbeiter, die reaktionären Lohnsenkungspläne des Zehnenverbandes und des arbeitfeindlichen privatkapitalistischen Kurses der Papen-Regierung ist deshalb die Kampfstellung und Marschrichtung der Bergarbeiter klarer denn je.

Wenn die Not in den Bergbaugebieten nicht ins Unermessliche wachsen, wenn an Stelle der kapitalistischen Verleumdungspolitik ein sozialistischer Aufbau treten soll, dann müssen die Bergarbeiter in den nächsten Wochen und Monaten stärkste Aktivität entfalten und dafür sorgen, daß ein Höchstmaß gewerkschaftlicher Kampfkraft entfaltet wird.

Nur wenn die Bergarbeiter und darüber hinaus alle Arbeiter die drohende Gefahr sehen und durch eine geschlossene Gewerkschaftsmacht den einmütigen Willen zur entschlossenen Abwehr bekunden, wird es möglich sein, die drohende Verleumdungspolitik zu verhindern.

Werbearbeit der Gewerkschaften.

Beratungen im Bundesauschuß des ADGB.

Der zweite Verhandlungstag der Bundesauschußsitzung des ADGB. war ausgefüllt mit der Behandlung der Frage der gewerkschaftlichen Agitation.

An erster Stelle referierte Hermann Schlimme (Bundesvorstand) über **Werbearbeit der Gewerkschaften**. Eine Untersuchung von Werbematerial der Gewerkschaften aus aller und neuerer Zeit, die dem Bundesauschuß vorgeführt wurde, zeigte die Art und Weise und den Wandel in der Werbearbeit. Millionen Mark müssen die Gewerkschaften jährlich aufwenden allein für die Gewinnung neuer Mitglieder. Die Gewerkschaften müssen daher sorgfältig prüfen, ob durch gemeinsame Agitation eine rationellere Werbung neuer Mitglieder möglich ist. Zum Wort und zur Schrift als Mittel der Agitation ist in neuerer Zeit das Lichtbild, der Film, die Ausstellung hinzugekommen. Die altbewährten Methoden der Werbung müssen geprüft und neue Formen gesucht werden. Die Agitationsarbeit der Gewerkschaften ist gleichbedeutend mit

wirtschaftlicher Aufklärung

Sie gewinnt in Zeiten der Wirtschaftskrise erhöhte Bedeutung. Politische Verhinderung durch die zahlreichen Feinde der Gewerkschaften zerrützte vielfach das Vertrauen der Außenstehenden zu den Gewerkschaften. Ein Vergleich mit dem Konjunkturverlauf zeigt jedoch, daß trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mitgliederzuzug sich nicht annähernd in gleichem Umfange auswirkte. Die Arbeiter wissen, daß sie jede Schwächung ihrer Organisationen mit Lohnruhr und verschlechterten Lebensbedingungen bezahlen müssen. Noch stehen mindestens 14 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in Beschäftigung, von denen der größere Teil noch für die Gewerkschaften gewonnen werden

soll. Trotz der handgreiflichen materiellen, ideellen und kulturellen Erfolge der Gewerkschaften für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ist die Gewinnung dieser Unorganisierten längst nicht erreicht. Erschwert wird die Agitation, seitdem die Arbeitskämpfe in die Tarifämter und staatlichen Schlichtungsstellen verlegt werden und so vielfach das Gefühl entstand, als sei die gewerkschaftliche Rückendeckung nicht mehr erforderlich.

Die für die Gewerkschaften wirkungsvollste Aufklärungs- und Agitationsarbeit wird im offenen Kampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber geleistet, weil dabei jeder Beteiligte die

Macht der Organisation

unmittelbar verspürt. Unlautere Propagandamethoden können die Gewerkschaften angesichts ihrer Bedeutung für die Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat nicht anwenden. Ihre ganze sozialpolitische und wirtschaftspolitische Arbeit erfordert, daß die Gewerkschaften bei ihrer Werbetätigkeit sich mehr an das Interesse des einzelnen an seinem Verbands als an das Gefühl der großen Masse wenden. Das berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl hat sich noch stets als eines der wichtigsten Bindemittel erwiesen. Die Hauptwerbearbeit wird deshalb auch in Zukunft bei den Einzelverbänden verbleiben müssen. Doch müssen die Einzelverbände ausgetauscht und in einer zentralen Stelle im Interesse aller Verbände ausgewertet werden. Der gewerkschaftliche Vertrauensmann muß gemeinsam mit der gesetzlichen Betriebsvertretung die Agitation im Betrieb übernehmen. Eine besondere Aufgabe fällt dabei der Werbung unter den Jugendlichen, Frauen und Lehrlingen zu. Jährlich verlassen jetzt noch etwa 600 000 Jugendliche die Lehre. In jedem Verbandsvorstand, in den Bezirksverwaltungen, in

ist riesengroß. Trotzdem wollen

Unternehmer einen neuen Lohnabbau

Kameraden, wehrt euch! Stärkt den Verband!

jeder Ortsverwaltung, für jeden größeren Betrieb oder jede höhere Abteilung sollte eine Agitationskommission eingesetzt werden.

Die Ortsausschüsse des ADGB.

Sollten die Erfahrungen der örtlichen Agitationskommissionen zum Anlaß nehmen und zur Ausstellung gemeinsamer Werbepläne verwendet werden, hierüber können Jugendliche und Frauen, namentlich die jüngeren, den Jugend- und Lehrlingsabteilungen erwachsenen Gewerkschaftscollegen, als Propagandisten wertvolle Hilfe leisten. Ähnlich wie in der politischen Agitation, insbesondere bei Vorbereitung und Durchführung der Hausagitation, Einspannung geeigneter jüngerer Kräfte in die Werbearbeit bedeutet gleichzeitig Einführung in die praktische Gewerkschaftsarbeit. Direkte mündliche persönliche Aufklärung hat sich noch stets als das wirksamste Werbemittel für die Gewerkschaften erwiesen. Die Gewinnung der zahlreichen unorganisierten Arbeitslosen durch die Gewerkschaften und ihre Betreuung durch bereits organisierte Arbeitslose ist unter der Führung und Aufsicht der Ortsausschüsse gemeinsam mit den Verwaltungsorganen der Gewerkschaften in die Wege zu leiten.

Jede Art von schriftlicher Propaganda soll vollständig wirkungsvoll sein. Das stärkste Propagandamittel ist die Gewerkschaftspressen. Sie hat die Aufgabe, die Arbeitermassen aufzuklären, zu bilden und zur Solidarität zu erziehen. Die Gewerkschaften werden die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Orten von Zeit zu Zeit für eine großzügige von zentraler Stelle aus geleitete Werbeatktion einsetzen. Dann wird es möglich sein, das große Heer der Indifferenten zu bezähmen.

Ueber die planmäßige Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Agitation referierte Dr. H. Seelbach, Leiter der Bernauer Bundesschule.

Die Diskussion, die sich an die beiden Referate anschloß, brachte in sehr anregender Weise die besonderen Werbeprobleme der einzelnen Verbände der verschiedenen Größe, Struktur und Berufsart zum Ausdruck. Verbände, deren Mitglieder sich weit über das platte Land verbreiten, müssen immer wieder zur Agitation von Mund zu Mund zurückkehren und ihre Methoden streng an besondere Verhältnisse anpassen.

Zustimmung erfährt der Gedanke, daß in der Agitation die großen Gesichtspunkte der

Bewegung und ihrer Ziele

stark in den Vordergrund gerückt werden. Anregungen von zentraler Stelle für die Ausgestaltung des schriftlichen Werbematerials wurden begrüßt. Es wurde die Frage geäußert, ob und inwieweit gegenwärtig die Unterstützungsleistungen der Gewerkschaften ihre alte Anziehungskraft noch bewahren. Ob Flugblätter und Plakate eine große werbende Wirkung für die Gewerkschaften haben, sei gleichfalls eine Frage, über die gestritten werden könne. Von großer Bedeutung sei die Schärfe der Agitation und in der Abwehr gegen Angriffe auf die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftspressen müsse ihren Charakter dem agitatorischen Bedürfnis der Verbände anpassen; viele Gewerkschaftsblätter haben bereits gezeigt, daß sich die Schriftleitungen dieser Aufgabe bewußt sind. Die engen Beziehungen zwischen Bildungsarbeit und Werbearbeit werden mehrfach betont. Die Gewerkschaften können die Werbung mit Schlagworten, die die politische Agitation beherrscht, nicht als das entscheidende Vorbild für sich anerkennen. Sachliche Gründe müssen in der gewerkschaftlichen Agitation ihre Geltung behalten und für solche Art der Werbung müsse Bildungsarbeit die Vorbereitung sein.

Kleinarbeit.

Die Teilnehmer an den Bildungseinrichtungen müssen ständig zur Werbearbeit wie zu jeder praktischen Gewerkschaftstätigkeit herangezogen werden. Sie müssen im Ueberblick über die grundsätzlichen Probleme der Gewerkschaftsbewegung ebenso sicher sein, wie in der Bewältigung der täglichen Kleinarbeit, um werbend auftreten zu können. Auch die Familienmitglieder der Gewerkschaftskameraden und unorganisierten Berufsangehörigen müssen von der Agitation erreicht werden. Darum hat die Hausagitation große Bedeutung. An Kräften fehle es nicht, denn viele jüngere Gewerkschaftsmitglieder warten darauf, daß sie Gelegenheit bekommen, sich tätig für die Bewegung einzusetzen. Für die Zusammenarbeit der Verbände mit Unterstützung einer zentralen Stelle wurden zahlreiche Gründe angeführt. In vielen Beziehungen könne eine solche Zusammenarbeit von Vorteil sein.

Die Bewegung brauche praktisch wirkende Kräfte, die Erfolge erreichen. Aber sie bedarf auch der Dolmetscher, die den Mitgliedern und den Fernstehenden das Erreichte darzustellen verstehen. Anziehend wirke — namentlich auf junge Menschen — die Masse, die von einem Denken und Wollen befeuert ist. Die Gewerkschaftsbewegung ist diese Masse; sie muß auch als solche erscheinen.

Das räumliche Auseinanderziehen der Arbeiter im Betriebe und manche andere Erscheinung neuartiger Werbororganisation habe neue Schwierigkeiten für die Werbung erzeugt, die es zu erkennen und zu überwinden gilt. Diese einzelnen Erscheinungen erfordern ebenso wie die Gesamtsituation der Bewegung eine Ueberprüfung und Entwicklung der Werbemethoden. In den einzelnen Verbandszentralen müssen vor allem auch die Erfolge der Werbung gut beobachtet werden.

Die Debatte über die Werbearbeit der Gewerkschaften wird vom Bundesauschuß nicht als beendet angesehen. Sie wird vertagt. Die Zusammenarbeit der Verbände auf dem Gebiete der Agitation und die weitere Behandlung des Themas in künftigen Bundesauschußsitzungen wird durch das Büro des ADGB. vorbereitet werden.

39.
Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 18. Sept. bis 24. Sept. 1932

Bürgersteuer wird wieder erhoben.

Endlich hat die Papen-Regierung jetzt durch die Verordnung vom 4. September (Reichsgesetzblatt I S. 429) auch das Kästelraten über die Weitererhebung der Bürgersteuer beseitigt. Daß diese wieder zur Erhebung kam, war vorauszu sehen, denn die Bestimmung der dritten Notverordnung vom 6. Oktober 1931, wonach die Bürgersteuer auch über das Rechnungsjahr 1931 hinaus erhoben werden sollte, war nicht beseitigt worden. Worüber nur Zweifel bestand, war, ob für das Kalenderjahr 1932 noch eine Weitererhebung in Frage kam, da der Reichsfinanzminister durch die Durchführungsverordnung vom 1. Oktober 1931 die Fälligkeitstermine nur für das 1. Halbjahr festgelegt hatte und ab 1. Juli d. J. auch keine Bürgersteuer erhoben wurde.

Bürgersteuer 1932.

Die Verordnung vom 4. September bestimmt, daß die Gemeinden ermächtigt sind, ab 1. Oktober die Bürgersteuer für das letzte Vierteljahr 1932 nach den bisherigen Vorschriften, jedoch mit den folgenden Abweichungen und Erleichterungen, wieder zu erheben.

Zur Erhebung gelangt nur die Hälfte des Steuerjahres, der für das Rechnungsjahr 1931 erhoben wurde. Der bisherige Steuerzuschlag von 50 Prozent für die Ehefrau fällt dabei weg. Die so ermittelten Steuerbeträge sind weiter um 25 Prozent zu senken, wobei es den Gemeinden überlassen bleibt, im Billigkeitswege eine entsprechende Regelung zu treffen. Weiter gibt die Verordnung den Landesregierungen das Recht, von allen Gemeinden, die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben, deren Wiedereinführung zu verlangen. Auch kann die Landesregierung mit Zustimmung des Reichsfinanzministers bestimmen, daß deren Einführung dann zu unterbleiben hat, wenn sie bis zum 13. September 1932 eine ähnliche Steuer für das letzte Vierteljahr 1932 bereits eingeführt hat.

Am 9. September hat nun der Reichsfinanzminister auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung dazu die Durchführungsverordnungen erlassen (Reichsgesetzblatt I S. 438). Es werden demnach nur drei Achtel der Steuererträge erhoben, die in den ersten sechs Monaten 1932 Geltung hatten, und zwar für Verheiratete und Ledige in gleicher Höhe. Als Fälligkeitstermin werden festgesetzt der 10. Oktober, November und Dezember, wenn der Lohn für Zeiträume von mehr als einer Woche zur Auszahlung gelangt. Bei Lohnzahlungen von einer Woche und weniger sind Fälligkeitstermine der 10. und 24. derselben Monate. Ist der betreffende Arbeiter lohnsteuerfrei, so wird ihm wie bisher die Hälfte der Bürgersteuer, und zwar nach den neuen Sätzen, vom Lohn in Abzug gebracht. Weiter enthält die Durchführungsverordnung noch Vorschriften über die Berechnung und Abführung der Bürgersteuer durch den Arbeitgeber.

Bürgersteuer 1933.

Für das Kalenderjahr 1933 wird ebenfalls durch die Verordnung vom 4. September die Erhebung der Bürgersteuer angeordnet. Der Steuerpflicht unterworfen sind alle im Gemeindebezirk wohnenden Personen. Sie erstreckt sich auf das ganze Kalenderjahr 1933, wobei maßgebend die Verhältnisse am 10. Okt. des Vorjahres sind. Steuerfrei bleiben wie bisher Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (z. B. Strafgefangene) oder deren Wahlrecht ruht (Soldaten). Weiter sind nach wie vor steuerfrei Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, sowie Sozialrentner, deren Jahreseinkommen 900 M. nicht übersteigt, und Bezieher von Zuschüssen wie bisher. Befreit von der Bürgersteuer sind ferner nach der neuen Verordnung auch solche Personen, von denen am Fälligkeitstage anzunehmen ist, daß deren Jahreseinkünfte 1933 nicht höher sind als der Betrag, den sie als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nach den geltenden Nichtfähen erhalten würden. Weiter bestimmt die Verordnung, daß Verheiratete nach dem gemeinsamen Einkommen, und zwar zu dem Steuerfuß eines Unverheirateten, heranzuziehen sind. Beide haften für die Bürgersteuer als Gesamtschuldner. Im übrigen kann der Reichsfinanzminister Durchführungsverordnungen erlassen, worin er auch den Begriff der Jahreseinkünfte festlegen kann. Da die bisher geltenden Bestimmungen über die Bürgersteuer unübersichtlich zu werden drohen, kann er weiter dieselben unter der Bezeichnung Bürgersteuer 1933 erneut bekanntgeben und Unstimmigkeiten dabei beseitigen. Im einzelnen bleibt abzuwarten, wie die wohl folgende Durchführungsverordnung aussieht. Jedenfalls hat uns die Papen-Regierung die Bürgersteuer wieder, und zwar auf längere Sicht hin, befehrt.

Bezirksversammlung der Halleischen Knappschaft.

Am 7. September d. J. fand die Bezirksversammlung der Halleischen Knappschaft statt, die sich mit der Aenderung der Sondervorschriften, Vorlegung des Jahresberichts für das Jahr 1931 und Vorlegung des Jahresberichts über die Sonderlast nach § 128 RAG. beschäftigte. Der Vorsitzende, Bezirksleiter Reddigau, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Infolge der erlassenen Notverordnungen des Reichspräsidenten wurde eine Aenderung der Sondervorschriften notwendig, da alle Mehrleistungen durch die Notverordnungen gestrichen waren. Nach den gesetzlichen Bestimmungen besteht aber auch heute für diejenigen Krankenkassen, die keinen höheren Beitrag als 6 Prozent erheben, die Möglichkeit, Mehrleistungen einzuführen. Da die Krankenkasse der Halleischen Knappschaft einen günstigen Stand aufweist und die Beiträge den vorgeschriebenen Satz nicht übersteigen, sah sich die Bezirksversammlung veranlaßt, eine Anzahl Mehrleistungen erneut zu beschließen. Die wesentlichsten Mehrleistungen betreffen die Festsetzung eines Mindeststerbegeldes von 50 M., die Weiterzahlung von Zuschlägen an Kinder über das 15. Lebensjahr hinaus, die sich in Schul- oder Berufsausbildung befinden oder körperliche Gebrechen aufweisen. Um einen dringenden Notstand zu beseitigen, wurde für im Krankenhaus untergebrachte Mitglieder ein Taschengeld für Ledige bis zu 16 Jahren von 10 Pf. und für Ledige über 16 Jahre von 20 Pf. eingeführt. Gleichfalls wurde für Familienangehörige das Sterbegeld in der früheren sachungsmäßigen Höhe beschloffen. Es ist zu erwarten, daß die Aufsichtsbehörde die Genehmigung dieser Mehrleistungen nicht verweigert.

Finanzlage der Krankenkasse.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führte Rechtsanwalt Rahn einleitend aus, daß die Verschärfung der Wirtschaftskrise, Lohnabbau und Betriebsstillegungen nicht ohne Einfluß auf die finanzielle Entwicklung der Knappschaft geblieben sei. Auch im Bereich der Halleischen Knappschaft sind eine Anzahl Werte stillgelegt und Arbeiter zur Entlassung gekommen. Die Gesamtbelegschaft hat sich um 5164 Mann verringert. In der Arbeiterabteilung der Krankenkasse waren am Anfang des Jahres 32166 und am Schluß des Jahres 29781 Mitglieder versichert. In der letzten Summe sind 6373 Mitglieder, die von den Arbeitsämtern versichert sind, also ebenfalls aus dem Pro-

An die deutsche Arbeiterschaft!

Gewerkschaftskollegen!

Der Bundesausschuß, die Vertretung der Hauptvorstände, hat am 9. und 10. September in Berlin getagt. Die Ergebnisse der Beratungen sind Euch aus der Gewerkschaftspresse bekannt. Über diese Berichterstattung hinaus muß ich Euch sagen, was uns alle an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte bewegt.

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauerntums, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.

Meine Mitarbeiter vom Bundesvorstand haben Euch in dieser entscheidenden Sitzung die Grundlagen aufgezeigt, von denen aus unsere Verbandsvorstände den neuen Weg entschlossen beschreiten werden. Wilhelm Eggert hat gezeigt, wie wir die Wirtschaft gestalten wollen. Franz Spliedt hat dargelegt, wie wir den Angriffen auf die Sozialpolitik begegnen müssen. Clemens Nörpel hat uns klargemacht, wie wir das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen werden. Hermann Schlimme hat gemahnt, in dieser Situation den letzten Arbeiter zu erfassen. Hermann Seelbach, der Leiter unserer Bundesschule, hat neue Wege der Bildungs- und Kulturarbeit aufgewiesen.

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mitflingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will. Sie wird uns gerätet finden.

Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ihr werdet wie früher Eure Stimme abgeben für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit. Ihr werdet alle Kräfte anstrengen, um hierfür die Mehrheit des Volkes bei dieser neuen Wahl zu gewinnen. Aber so wichtig die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel, ebenso wichtig ist die über den Wahltag dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Kollegen, Männer und Frauen, Alte und Junge, die Ihr in Treue zu uns gehalten habt, an Eurer festen Haltung müssen und werden die Schwankenden nun wieder neuen Mut gewinnen. Euch Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die Ihr noch abseits steht, fordere ich auf, Euch jetzt in die gewerkschaftliche Kampffront einzureihen. Die Gewerkschaften sind auch Eure Hoffnung. Sie bilden die Einheitsfront aller Schaffenden, die in diesem neuen Abschnitt der Geschichte notwendig ist. Unseren Gegnern aber rufen wir zu: Wir sind nicht am Ende. Eure Reaktion steigert unsere Kräfte. Keine Macht der Welt wird die freien Gewerkschaften Deutschlands überwinden.

Berlin, den 13. September 1932.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Bundesvorsitzende

Leipold

Aus dem Saarrevier.

Lohnverhandlungen auf Grube Frankenthal.

Die Grube Frankenthal, die mit den Arbeitnehmerorganisationen im Bergbau im Tarifverhältnis steht, hat nach der Kündigung des Lohnvertrages durch die Staatsgruben die Lohnvereinbarung vom 15. März 1923 ebenfalls getündigt. Die Löhne sollen etwa in demselben Verhältnis wie auf den Staatsgruben geführt werden. Die Auswirkung würde jedoch stärker, da auf der Grube Frankenthal im Durchschnitt 22,5 Schichten, im Staatsbergbau jedoch von 70 Prozent der Belegschaft weniger als 20 Schichten verfahren werden.

Es ist damit zu rechnen, daß die Grubenverwaltung die gefürzten Löhne nun der Belegschaft der Grube Frankenthal zur Kenntnis bringen wird. Die Kürzung beträgt bei 19 Schichten 2,4 Prozent und bei 23 Schichten 9,6 Prozent gegenüber den bisherigen Lohnsätzen.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben die Forderungen der Grubenverwaltung abgelehnt und auf die Folgen jeder weiteren Lohnsenkung hingewiesen.

Herr Fried sagt!!

Der im Saargebiet, besonders in Kreisen der Pensionäre, seitdem bekannte Herr Fried, der sich früher als Nationalsozialist ausgab und jetzt bei den Kommunisten gelandet ist, hielt am 10. Januar 1932 in Walschied eine Pensionär-Versammlung ab.

In dieser Versammlung machte Fried in der bekannten Weise neben anderen Instanzen besonders die Gewerkschaften für alle Not der Pensionäre verantwortlich. Auf seine Ausführungen braucht in diesem Zusammenhang nicht eingegangen zu werden. Ramerad Ummann von unserem Verband machte Fried, als er dauernd über die Gewerkschaften herzog, den Zwischenruf: „Die Gewerkschaften haben schon für die Interessen der Pensionäre gekämpft, als Sie noch Arbeitgeber waren und die Sozialbeiträge schuldeten.“ Herr Fried fühlte sich durch diesen Zwischenruf beleidigt, behauptete, daß Ramerad Ummann ihn mit diesem Zwischenruf zum Lumpen stempeln wollte und reichte Beleidigungsklage beim Amtsgericht Saarbrücken ein. Ramerad Ummann verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß er Fried mit seinem Zwischenruf zum Lumpen stempeln wollte, denn eine formale Beleidigung lag ihm fern. Er mehrte nur die unerhörten Angriffe von Fried gegen die Gewerkschaften ab; denn wenn man als Arbeitgeber seinen Verpflichtungen den Sozialversicherungsträgern gegenüber so nachkommt wie Herr Fried, hat man kein Recht, diejenigen, die immer für die Interessen der Gesamtarbeiterschaft, und damit auch der Sozialrentner, ge-

duktionsprozeß ausgeschlossen waren, sowie 660 versicherungsberechtigte Mitglieder enthalten. Die Beiträge zur Krankenversicherung wurden im Geschäftsjahre von 7 auf 5,2 Prozent ermäßigt. Während im Vorjahre ein Rückgang der Krankheitsfälle festzustellen war, ist im Geschäftsjahre wieder eine Erhöhung eingetreten. Wochenhilfe wurde in 1907 Fällen gewährt. In den drei Krankenhäusern Carlsfeld, Hohenmösen und Weichrode wurden 4354 Mitglieder und kurberechtigte Familienangehörige an 113456 Verpflegungstagen behandelt. Für Familienangehörige wurde in 3047 Fällen Krankenhauspflege gewährt. Nach dem Rechnungsbericht betrug die Einnahme an Beiträgen, Vermögenserträgen und sonstigem 4094196,19 Mark, dem gegenüber steht eine Ausgabe von 4021631,52 M., so daß ein Ueberschuß von 72564,67 M. verbleibt. Bei dem Ausgabeposten ist zu bemerken, daß an Krankenhilfe für Mitglieder 213636,65 M., Krankenpflege für Familienangehörige 969687,27 M., Wochenhilfe für Familienangehörige 206429,59 Mark, an Verwaltungskosten 281780,60 M. ausgegahlt wurden. An Kursverlusten infolge der bekannten Juli-Ereignisse 1931 erlitt die Knappschaft einen Schaden von 307094,35 M.

Entwicklung der Pensionsversicherung.

In der Pensionsversicherung ist ein Rückgang der Mitgliederzahl von 4826 festzustellen. Im Laufe des Jahres vermehrte sich die Zahl der Invaliden um 971. Ebenfalls ist eine Steigerung der Zahl von Witwen und Waisen festzustellen. Von den festgesetzten Invalidenpensionen ruhen in 620 Fällen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Grundbetrag und Steigerungssätze vollständig. Das durchschnittliche Lebensalter der hinzugelommenen Invaliden belief sich auf 55 Jahre 4 Monate. Die durchschnittliche Pensionsbezugsdauer der verstorbenen Invaliden betrug 11 Jahre 4 Monate. An Pensionen für Invaliden, Witwen und Waisen wurden auf Grund der Gemeinlast 3399917,48 Mark für freie Arztbehandlung und Arzneien, für Knappschaftsinvaliden 187153,62 M., für Mehrleistungen 73114,76 M. gezahlt.

Zu Punkt 3, Bericht über die aufzubringende Sonderlast, teilte der Berichterstatter mit, daß auf Grund des Ausfalls der Zuschüsse aus Zöllen und der Wertminderung der Wertpapiere ein Fehlbetrag entstanden sei, der von der Reichsknappschaft zu decken ist. Die Einnahmen beliefen sich im Geschäftsjahre auf 1113399,73 M., denen Ausgaben in Höhe von 1567974,31 M. gegenüberstehen. Nach Abzug des im Geschäftsjahre entstandenen Verlustes verbleibt am Ende des Geschäftsjahres noch ein Sonderlastvermögen in Höhe von 3810625,79 M.

Die Bezirksversammlung nahm die vorgelegten Geschäftsberichte, die erkennen lassen, daß die Halleische Knappschaft die schwere Krise besser gut überstanden hat, zur Kenntnis.

